Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

barbara.lochbihler@europarl.europa.eu

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren

+49 172 8634544
+49 89 43597907

wk-lochbihler@gruene-europa.de

Im Internet

www.barbara-lochbihler.de
www.facebook.com/barbara.lochbihler
www.twitter.com/blochbihler

RUNDBRIEF Nummer 3
29. April 2013

Themen in dieser Ausgabe

Unsere Kampagne: Frieden2.0
Grand Prix in Bahrain
Drei Tage in Myanmar
Europa gegen Rassismus
Eurobarometer. Menschenrechte haben Priorität
Hinrichtungen in Taiwan
München: Perspektiven für Roma
Roma in Europa
Sudan: Fortschritte nur auf dem Papier
Klimawandel und Menschenrechte
Die „Allgäuerinnen“ vorgestellt
Servus Ali!
Willkommen Anne-Sophie!
Veranstaltungen
Press Corner

Redaktion

Kim Alisa Kölsch, Raphael Kreusch, Wolf-Dieter Vogel

Liebe Leserin, lieber Leser,

viel ist passiert in diesen Tagen: Ich habe unser Buch „Allgäuerinnen“ vorgestellt, auch unser Kampagne zur besseren Exportkontrolle von Überwachungstechnologie ist nun auf den Weg gebracht. Außerdem war ich Anfang des Monats auf Delegationsreise in Myanmar. Davon und von all den wichtigen Ereignissen in Straßburg und Brüssel handelt mein neuester Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen wünscht,

Barbara Lochbihler

Unsere Kampagne: Frieden 2.0

„Für eine effektive Exportkontrolle von Überwachungstechnologien“ – mit dieser Forderungen habe ich jetzt gemeinsam mit dem GRÜNEN-Bundestagsabgeordneten Konstantin von Notz eine Kampagne gestartet. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische und insbesondere deutsche Unternehmen nicht weiterhin ungehindert Spionagesoftware an autoritäre Regime in aller Welt verkaufen dürfen. Denn mit Hilfe solcher so genannter Dua-Use-Güter können SMS-Nachrichten, Chats oder Mails von Oppositionellen mit Hilfe von Computerprogrammen überwacht werden. Durch die Nutzung dieser Technologien wurden in den letzten Jahren in mehreren Ländern Aktivistinnen und Aktivisten verfolgt, verhaftet und gefoltert.

Gerade deutsche Unternehmen spielen hier eine unrühmliche Rolle. So wurde der Trojaner Finfisher von der Firma Gamma in Bahrain gefunden, auch Siemens Nokia und deren Nachfolger Trovicor aus München werden mit dem Land in Verbindung gebracht. Siemens und Utimaco aus Oberusel sollen in Syrien aktiv gewesen sein. Syborg aus Bexbach in Libyen. Die Liste der fragwürdigen Exporte ist lang. Mit unserer Kampagne wollen wir erreichen, dass der Ausfuhr von Spy-Software durch stärkere Kontrolle enge Grenzen gesetzt werden.

Weitere Infos auf unserem Kampagnen-Webseite: www.frieden2punkt0.de

Grand Prix in Bahrain

Wer es wagt, im Rahmen des Grand Prix die Menschenrechtslage in Bahrain zu kritisieren, muss mit hohen Strafzahlungen und bis zu fünf Jahren im Gefängnis rechnen. So hat es die Regierung des arabischen Landes im Vorfeld des Formel-1-Rennens Mitte April beschlossen und einen entsprechenden Vorschlag

zur Änderung des Artikels 214 des Strafgesetzbuches an das Parlament weitergeleitet. Damit sollte verhindert werden, dass Oppositionelle das internationale Rennsport-Ereignis nutzen, um auf die repressive Lage im Land aufmerksam zu machen.

Das hat Tradition: Während des arabischen Frühlings ging die Aktivistin Allaa Shehabi auf die Straße und setzte sich für Reformen ein. Mithilfe von Panzern aus Saudi-Arabien, einem der besten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie, wurden die Kundgebungen damals im Keim erstickt. Alaa Shehabi nutzte dennoch das nächste Rennen der Formel 1, um auf die Missstände in ihrem Land hinzuweisen. Kurze Zeit später erhielt sie eine dubiose Email, die den Trojaner Finfisher des Unternehmens Gamma transportierte. Das kleine Computerprogramm hätte sich beim Öffnen der Email automatisch auf Shehabis Computer festgesetzt, und sie hätte rund um die Uhr abgehört, verfolgt und gegebenenfalls festgenommen werden können. Glücklicherweise öffnete Alaa Shehabi die elektronische Post nicht. Andere Aktivistinnen und Aktivisten hatten weniger Glück. Erst im März wurden sechs von ihnen wegen "Beleidigung des Königs über Twitter" verhaftet.

Drei Tage in Myanmar

In den ersten Apriltagen reiste ich mit einer Delegation des EP-Menschenrechtsausschusses nach Myanmar. Just bevor ich das Land besuchte, eskalierten einmal mehr die Angriffe auf Muslime. Insbesondere die Rohingya-Minderheit, die ohnehin extrem ausgegrenzt wird und in Armut lebt, war betroffen. Mindestens 20 Menschen starben, viele wurden obdachlos und mussten fliehen. Übergriffe wie diese werden zwar von buddhistischen Hasspredigern provoziert, mitverantwortlich ist jedoch auch die Regierung. Lokale Behörden und Sicherheitskräfte lassen den Angreifern oft freien Lauf. Das könnte, so vermuteten einige meiner Gesprächspartner, eine einfachen Grund haben: Die exzessive Gewalt lenkt davon ab, dass die Friedensverhandlung in der Kachin-Region kaum vorankommen.

Foto: Europäischen Parlament

weifle ich, dass die jüngste Entscheidung and offiziell aufzuheben, richtig war. Auch scher Erleichterung, wie sie für den Mai uropa sollte Handelszusagen stets an d Menschenrechte koppeln und darauf twicklung der gesamten Bevölkerung

aus Myanmar: In unterschiedlichen e ein, in den Flüchtlingslagern herrscht Aufbruchsstimmung. Die Menschen hoffen darauf, in absehbarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren zu können. Auch mit Blick auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit geht es voran: Genau in den Tagen, in denen ich das Land besuchte, erschien die erste nicht staatliche Zeitung. Das ist ein großer Fortschritt.

Europa gegen Rassismus

In Straßburg haben wir einen Text verabschiedet, der klarmacht: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassverbrechen dürfen in Europa keinen Platz haben. Während die EU in der Krise versinkt, steigt insbesondere in Krisenländern wie Griechenland der Rechtsextremismus. Zu diesem Thema besuchte ich in der Plenumswoche eine Veranstaltung des "Greek Public Policy Forums" mit Vertretern aus der Wissenschaft und den europäischen Institutionen. Wir analysierten die Hintergründe und Muster von Extremismus sowie die Wechselwirkung mit der Krise.

Außerdem ging es natürlich um dessen Bekämpfung, sowohl der Symptome als auch der Wurzel. Wir waren uns darüber einig, dass Bildung allein nicht vor Extremismus schützt und es nicht um eine Verurteilung von Andersdenkenden gehen darf. Aber eine Demokratie, die eine solche Vielfalt einen soll, ist sehr abstrakt, schwer greifbar und verunsichert. Unsicherheit und Unwissen sind wunde Punkte, die Populisten mit nationalen Abschottungstendenzen gern ausnutzen, um offen oder versteckt ihre menschenfeindlichen Ideologien zu propagieren. Eine europäische Identität muss also her. Schön fand ich die Idee, das EU-Förderprogramm Erasmus nicht nur Studierenden, die durch ihre Erfahrungen eher pro-europäisch und generell toleranter eingestellt sind, sondern auch nicht-akademischen Berufsgruppen anzubieten.

Eurobarometer: Menschenrechte haben Priorität

Das Europaparlament führt regelmäßig Studien durch, in denen rund 30.000 über 15-jährige EU-Bürgerinnen und Bürger zur Wahrnehmung des Parlaments und dessen Aufgaben befragt werden. Die jüngste Untersuchung (EB/PE78.2) kam zu dem Schluss, dass im Vergleich zu 2006 das Interesse an Europäischen Angelegenheiten um sieben Prozent gestiegen ist: 51 Europäer äußerten ein generelles Interesse, 54 Prozent wünschen sich eine stärkere Rolle des Parlaments.

Das mag einerseits auf die Krise zurückzuführen sein, andererseits wurde aber auch bei nationalen Wahlen immer häufiger das Thema Europa aufgegriffen. Interessant ist auch, dass für immer mehr Menschen, derzeit etwa 53 Prozent, der Kampf gegen Armut und soziale Diskriminierung als höchste Priorität des Parlaments ansehen wird, gefolgt von der Koordination der Wirtschaftspolitik und der Verbesserung von Verbraucher- und Gesundheitsschutz.

Das für mich erfreulichste Ergebnis: Den Schutz der Menschenrechte betrachten 56 Prozent der Europäer weiterhin als Top-Priorität auf allen Handlungsebenen. Auf Rang zwei folgt Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten (35 Prozent), Rang drei teilen sich Geschlechtergerechtigkeit und Meinungsfreiheit (je 32 Prozent) - was ebenfalls Menschenrechte sind. Die Bürgerinnen und Bürger senden damit ein eindeutiges Zeichen und bestärken mich in meiner Arbeit. Menschenrechte dürfen keine Nebenprodukte und versteckten Klauseln sein. Sie sind der Kern der EU und sollten dies auch in allen Außenbeziehungen sein.

Hinrichtungen in Taiwan

Es gibt keine stichhaltigen Beweise dafür, dass die Todesstrafe effektiver abschreckt als beispielsweise eine langjährige Gefängnishaft. Dennoch halten weiterhin viele Länder an dieser menschenrechtswidrigen Praxis fest. Am 19. April wurden in Taiwan sechs Menschen exekutiert. Wie das gesamte Europäische Parlament kritisiere ich jede Form der staatlich angeordneten Tötung. Auch die taiwanesische Regierung muss andere Wege wählen, um Straftäter zur Rechenschaft zu ziehen. Sie muss endlich ein Hinrichtungsmoratorium beschließen.

München: Perspektiven für Roma

Auf einer Podiumsdiskussion im Bayerischen Landtag diskutierte ich am 18. April mit grünen Parteifreundinnen, Verbandsvertretern und dem Leiter des Migrationsamts München, Rudolf Stummvoll, über die Stigmatisierung von Roma. Wir waren uns darüber einig, dass Roma in fast allen Staaten Europas ausgegrenzt, diskriminiert und benachteiligt werden. Im Mittelpunkt unserer Debatte stand die Frage: Welche politischen Schritte sind notwendig, um die Situation zu verändern.

Zu der Veranstaltung waren zahlreiche Menschen gekommen, die sich für Roma einsetzen. Nedialko Kalinov, der als Berater der Caritas München im Projekt „Bildung statt Betteln“ tätig ist, zeigte sich überrascht darüber, wie viele Initiativen es in der Stadt gibt, die sich für diese Bevölkerungsgruppe stark machen.

Foto: Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Mir war es wichtig zu betonen, dass es auch an den Roma selbst liegt, sich zu organisieren. In manchen Gemeinden stellen sie einen beachtlichen Anteil der Bevölkerung, setzen sich jedoch zu wenig gemeinsam für ihre Belange ein.

Roma in Europa

Amnesty International und die European Roma Policy Coalition (ERPC)

veranstalteten am 9. April im Europaparlament eine Podiumsdiskussion über die Diskriminierung von Roma in Europa. Eingeladen waren vor allem Aktivistinnen der Bevölkerungsgruppe aus Rumänien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Frankreich. Sie schilderten ihre persönlichen Erfahrungen mit Vertreibung, dem Leben in Slums, Diskriminierung in Schulen und gewaltsamen Übergriffen. Es war ermutigend, festzustellen, dass Roma europaweit vernetzt sind und es eine Zusammenarbeit mit anderen Minderheiten wie den Juden gibt. Vor allem junge Sprecherinnen und Sprecher zeigten sich sehr kampfbereit und veränderungswillig.

Auf europäischer Ebene muss es vor allem darum gehen, die Mitgliedstaaten dazu zu drängen, Empfehlungen aus der Roma-Strategie endlich national umzusetzen und die zur Verfügung stehenden Gelder abzurufen, damit die Verpflichtungen nicht nur auf Papier existieren. Dazu gehören die Beseitigung struktureller Diskriminierung im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und die strafrechtliche Verfolgung von Vertreibung und Hetze gegen Roma. Zudem braucht es feste Ansprechpartner für Opfer rassistischer Verfolgung und Diskriminierung. Die Aktivistinnen und Aktivisten gehen viel weiter: Sie fordern die offizielle Anerkennung der Massenvernichtungen während des Dritten Reichs als Genozid. Außerdem müssten ihre Sprache und ihre Kultur anerkannt werden.

Sudan: Fortschritte nur auf dem Papier

Der Sudan wird in den kommenden Monaten in der Europäischen Unioneine besondere Rolle spielen. Im Menschenrechtsausschuss hatten wir deswegen eine Vertreterin des Außendienstes, die uns den politischen Kontext sowie die Reaktionen der EU erläuterte. Trotz der friedlichen Abspaltung des Südsudans 2011 und den institutionellen Verbesserungen sieht sie den Fortschritt im Land akut bedroht. Spürbare Verbesserungen gebe es nicht und auch die Ratifizierung der unterschriebenen Menschenrechtsverträge gehe sehr langsam voran. Der Südsudan bleibe zudem auch künftig kein Partner der Anti-Folter-Konvention.

Das ist besonders besorgniserregend, da es im Zuge des Arabischen Frühlings zu einem massiven Anstieg von willkürlichen Verhaftungen und Folter von Oppositionellen und Aktivistinnen sowie Aktivisten kam. Derzeit sitzen 180 Politiker ohne Urteil in Haft. Auch im Strafrecht lässt sich ein besorgniserregender Konservatismus feststellen: Letztes Jahr gab es zwei Steinigungen, und nach einem entsprechenden Urteil wurden einem Angeklagten Hände und Füße abgetrennt. Die gravierende Menschenrechtslage, die auch Zivilistinnen und Zivilisten trifft, führte dazu, dass Beobachter sich zurückziehen, was die Einschätzung der Lage schwieriger macht.

Die EU hat zu den höchsten politischen Verantwortlichen des Südsudan keinen Kontakt. Deswegen versuchen wir auf zivilgesellschaftlicher Ebene etwas zu bewirken: Es wurden über 25 Projekte zu Bildung, Kampagnenführung, Friedenskultur und Frauenrechte gefördert. Auch auf die Nachbarländer machen wir Druck, damit sie den vom Internationalen Strafgerichtshof

verfolgten Präsidenten Omar Al-Bashir bei einer Einreise verhaften. Das war bislang erfolglos. Allerdings hilft in der Menschenrechtsarbeit oft auch einfach nur Beharrlichkeit.

Klimawandel und Menschenrechte

Am 11. April führten wir im DROI-Ausschuss eine lebhafte Diskussion über Klimawandel und Menschenrechte. Die Teilnahme von Matthias Groote an einem so wichtigen Meinungsaustausch hat mich sehr gefreut. Mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit saß ein wichtiger Diskussionspartner am Tisch. Ich kann ihm und den anderen Gesprächsteilnehmern nur darin zustimmen, dass es sich bei dem Thema Klimawandel um ein interdisziplinäres Thema handelt, das einen besonderen Bezug zu den Menschenrechten hat. Im 21. Jahrhundert leiden Menschen unter einer zusätzlichen Art von Verfolgung: den Folgen des Klimawandels. Einer der ersten wichtigen Schritte besteht nun darin, Klimaflüchtlingen eine juristisch anerkannte Definition zu bieten und die bestehende Rechtslücke zu schließen. Menschen, die durch Umweltkatastrophen leiden, muss geholfen werden.

Übrigens habe ich zu diesem Thema vor zwei Jahren eine Broschüre veröffentlicht: http://www.barbara-lochbihler.de/cms/upload/PDF_2011/Frontex-Studie_Maerz2011_deutsch_final.pdf

Die „Allgäuerinnen“ vorgestellt

Im bis auf den letzten Stuhl besetzten Kemptener Müßiggengelzunfthaus habe ich am 19. April unser Buch „Allgäuerinnen“ vorgestellt. Das Buch, das ich gemeinsam mit der Historikerin Sabine Schalm herausgegeben habe, beschreibt Frauen, die in der Region leben oder gelebt haben. 16 Autorinnen und Autoren werfen einen Blick auf die verschiedensten Facetten, die das Frauenleben im Allgäu zu bieten hat. Es geht um Hebammen und Künstlerinnen, um Flüchtlinge und Unternehmerinnen, aber auch um Frauenhäuser und die Protagonistin von Allgäu-Krimis. Das Buch soll dazu einladen, in die Vielfalt des Frauenalltags in der Region einzutauchen.

Foto: Heidi Sanz

Durch den Abend führte als Moderatorin Bettina Ahne vom Bayerischen Rundfunk. Auch einige der Autorinnen beteiligten sich an der Veranstaltung. So las Edeltraud Aubele aus ihrem Text über „Zauberkräuter, Hexenglauben und sanfte Geburten“, Doris

Wagner stellte ihr Porträt über die Allgäuer Unternehmerin Karin Berger-Hagenmiller vor. Andere Autorinnen des Buches stellten sich den Fragen von Bettina Ahne.

Das erste Feedback war sehr positiv. Im Juli plane ich eine Lesereise in der Region. Ich bin gespannt, wie das Buch im Allgäu diskutiert wird. Weitere Informationen über die „Allgäuerinnen“ sind auf der Webseite www.wir-allgaeuerinnen.de zu finden.

Servus Ali

Es fühlt sich an, als ob wir uns schon immer kennen würden. Als vertrauter Mitarbeiter im Generalsekretariat von Amnesty International und dann seit 2009 als Büroleiter im Brüsseler Abgeordnetenbüro konnte ich immer auf deine kompetente, ruhige und umsichtige Mitarbeit bauen. Du hast nie viel Aufhebens davon gemacht, wie Du die Fäden zusammenhältst und sie zu einem dichten Netz an Kontakten spinnst, die für die Menschenrechtsarbeit so unerlässlich sind. Deine Ausdauer und Ruhe sind beneidenswert, selbst die überbordende EU-EP-Ausschuss-Finanzabteilungsbürokratie konnte dich nur äußerst selten erschüttern.

Deine Verschwiegenheit weiß ich zu schätzen, doch nun muss ich ganz auf die Ansprache von Dir verzichten und das ist schade. Es bleibt nach den Jahren gemeinsamer intensiver Arbeit der tiefe Dank für Deine vertrauensvolle Zusammenarbeit, für das selbstverständliche Pflichtgefühl, sich immer noch schnell für Opfer von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Das hat nicht nur mir und den anderen im Team gut getan, sondern vor allem auch denen, die sich direkt an uns gewandt haben. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehe ich Dich deshalb nach Nepal umsiedeln und wünsche dir Mut und viel Glück für den Neuanfang.

Namaste!!!

Willkommen Anne-Sophie!

Dafür freue ich mich sehr, unsere neue Kollegin Anne-Sophie Maier begrüßen zu dürfen. Sie ist nun in unserem Büro in Brüssel für den Menschenrechtsausschuss und den Auswärtigen Ausschuss des Parlaments zuständig.

Veranstaltungen

Samstag, 11. Mai: Schutz der Menschenrechte in der EU-Außen-, Sicherheits- und Flüchtlingspolitik. Stranberg, Hotel Bayerischer Hof, Bahnhofsplatz12, 18 Uhr

Montag, 13. Mai: Ware Frau, Prostitution und Menschenhandel in Europa - Information, Diskussion und Theater im Neruda. Augsburg, Neruda Kulturcafe, Alte Gasse 7, 19:30 Uhr

Samstag, 25. Mai: Gulu-Walk in Berlin, Demonstration gegen Kindersoldaten, Kollwitz-Platz, 13 Uhr

Press Corner

Birmas schwieriger Weg zur Freiheit, Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau vom 20./21.April 2013

Entwicklungsland, Hightechland. Deutsch-indische Regierungskonsultationen in Berlin - Bericht auf Deutschlandradio (dradio.de) vom 11.04.2013

„Die Roma werden verfolgt“ - Interview in der taz vom 9. April 2013

Blutiger Religionskonflikt in Birma greift auf Indonesien über - Agence France Presse vom 5. April 2013

EU-Kommission lobt türkisches Asylgesetz - Evangelischer Pressedienst (epd) vom 5. April 2013

Menschenrechte in Myanmar werden nicht ausreichend geschützt - Interview im Deutschlandradio Kultur vom 05.04.2013

RUSSIA: EU concerned at action against NGOs, ein Artikel der Agence Europe vom 28. März 2013

Water ist just the beginning, ein Artikel auf EuropeanVoice.com vom 27. März 2013

Bundesregierung besorgt über russisches Vorgehen gegen Zivilgesellschaft und deutsche Stiftungen, ein Artikel des epd vom 26. März 2013

Parteiübergreifende Kritik an Vorgehen gegen KAS-Büro in Russland, ein Artikel von afp vom 26. März 2013

“Die europäische Gratwanderung”, ein Artikel in der Neuen Presse vom 21. März 2013

International groups criticize return of executions; NO DETERRENT: The government was slammed for overturning its moratorium, with the EU urging Taiwan to stop executions and work toward abolishing them, Taipei Times, 21 April 2013

Taiwan shrugs off execution condemnation, The China Post, 21 April 2013